



Offizielles Organ des Central-Verbandes Deutscher Brauer.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1.50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal.
 Inserate die fünfgespaltene Petitzeile 20 Pfg. — Redaktion: Richard Wiehle, Linden-Gannover, Nieschlagstraße 23.
 Sämtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiehle, Linden-Gannover, Nieschlagstraße 23. Postzeitungsliste: Nr. 1526 a.

Nr. 30.

Hannover, den 29. Juli 1893.

3. Jahrgang.

Brauereiarbeiter!

Mitte Mai wurde die Organisation der Brauereihilfsarbeiter Berlins gegründet, und es sind kaum 10 Wochen vergangen, so geht es schon los mit Maßregelungen. Allen voran die größeren, dem Brauereiringe angehörigen Betriebe, z. B. Schultheiß, Böhmisches Brauhaus, Körligstadt, Norddeutsche u. s. w.

Warum, so muß sich ein jeder vernünftige Arbeiter fragen, ist denn der Verein der Brauereihilfs- und Bierverlagsarbeiter diesen Ausbeutern ein so großer Dorn im Auge? Sehr einfach. Durch den Zusammenschluß, durch die Vereinigung der großen Masse der Brauereihilfsarbeiter kann ja diesem Ausbeutungssystem ein Damm entgegengestellt werden, ähnlich wie es der Central-Verband der Deutschen Brauer schon ist.

Wo in aller Welt sollen denn einmal die Streikbrecher herkommen, wenn sich die Hilfsarbeiter auch organisirt haben! Um eine derartige Vereinigung zu verhindern, ist den Herren Betriebsleitern (Direktoren, Maschinenmeistern, Inspektoren u. s. w.) kein Mittel zu schön, um zu ihrem Ziel, d. h. zur Zerstörung unserer jungen Organisation zu gelangen.

Einige Beispiele: 1. Brauerei Königstadt: Der erste Vorsitzende wird entlassen, weil? — 2. Brauerei Schultheiß: Vorstandsmitglied M. wird entlassen, bekommt sein Geld gleich noch im Voraus auf 14 Tage — blos raus mit so einem Auswiegler. 3. Böhmisches Brauhaus: Der erste Schriftführer wird entlassen, weil — nun, weil er das Wasser hat überlaufen lassen. — Den Herrn Obermaschinenmeister Georgi, welcher von politischer wie auch gewerkschaftlicher Bewegung dieselbe Ahnung hat als eine Kuh von einem neuen Scheunthor, der nur ein willenloses Werkzeug anderer ist, trifft ja im letzten Falle weniger die Schuld. Um so mehr müssen aber diese Personen resp. Betriebe die volle Verantwortung für eine derartige Handlungsweise tragen.

Arbeitsgenossen! Mitglieder des Vereins! Laßt Euch durch nichts zurückschrecken, als Antwort derartiger gemeiner Unterdrückungsversuche giebt es nur ein Mittel. 600 Mitglieder zählt jetzt der Verein, sorgt dafür, daß sich die Zahl in Berlin allein vervielfacht, dann — aber nur dann, wenn Ihr alle, Mann für Mann, dem Verein beitreten, kann uns der Sieg sicher sein. Der Einzelne ist nichts — die Gesamtheit ist Alles! — Die Unterstützung der gesamten Berliner Arbeiterschaft ist uns sicher.

Darum Brauerei- und Bierverlagsarbeiter organisirt Euch! Auf zum Kampf gegen die Ausbeutung, gegen die Unterdrückung, gegen die Knechtschaft! Vorwärts zum Sieg! Hoch die internationale Arbeiterbewegung!

Sendungen, Anfragen sind zu richten an G. Düböter, Brunnenstraße 136 in Berlin.

Was wir wollen.

I.

Unter dieser Ueberschrift beabsichtigt die neugegründete „Bundeszeitung“ des neugegründeten Bundes der Deutschen Brauereigesellen eine Serie von Artikeln zu veröffentlichen, in denen sie einzeln die Forderungen des neuen Bundes „eingehender oder ausführlicher besprechen“ will. In der uns vorliegenden Nummer 2 vom 19. Juli bespricht das neugegründete Blättlein, das so wenig Abonnenten besitzt, daß die Verleger und auch der verantwortliche

„Schriftleiter“ sich bemüht gefunden haben, in der ebenfalls von ihnen herausgegebenen „Allgemeinen Braumeister-Ztg.“ sich an die Brauereibesitzer und Braumeister mit der freundlichen Bitte zu wenden, die neue Zeitung durch ihre Empfehlung und mögliche Verbreitung gütigst unterstützen zu wollen, die erste der Forderungen, welche lautet: „Wir wollen, daß unser Gesellenstand erhalten bleibt.“ In dem von grober Unkenntniß der sozialdemokratischen Bestrebungen zeugenden Artikel wird ausgeführt, daß der Geselle, der ein Glied eines bestimmten Gewerbes ist, auch an die bestehenden gesetzlichen und noch üblichen Vorschriften des Gewerbes gebunden ist und daher neben der Erfüllung besonderer Pflichten auch besondere Rechte besitze. Der Tagelöhner dagegen, der sich in seiner Jugend keinem bestimmten Berufe gewidmet, habe nicht die gleichen Pflichten wie die Gesellen zu erfüllen und könne daher auch nicht dieselben Rechte genießen. Etwas anders sei es, wenn ein Tagelöhner jahrelang zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten in einem Gewerbe thätig war und sich das volle Vertrauen, sich Geschicklichkeit und volle Kenntniß erworben hat und somit eine Ausnahme unter den Tagelöhnern bilde. Diese Ausnahmen seien aber so lange keine Regel, so lange nach den bestehenden Gesetzen im Braugewerbe junge Burschen als Lehrlinge angenommen würden.

Verweilen wir einen Augenblick bei diesen Ausführungen!

Hier wird endlich einmal zugegeben, daß ein „Tagelöhner“, der sich durch längere Thätigkeit in einem Betriebe Kenntniß und Geschicklichkeit erworben hat, ganz dieselben Verpflichtungen hat, ganz dieselbe Verantwortung wie ein verständiger Geselle trägt und daher auch ganz dieselben Rechte wie dieser zu beanspruchen hat. Wie reimt sich aber das mit der Haltung der uns bislang und auch noch jetzt feindlich gegenüberstehenden Harmonieapostel? Haben sie sich nicht stets damit gebrüstet, daß sie noch etwas Besseres seien, als die „gewöhnlichen Tagelöhner“ und daß sie es deshalb niemals mit ihrer Standesehre als „Brauereigesellen“ vereinbaren könnten, mit den „Schollen“, wie man die Tagelöhner bezeichnet, Hand in Hand zu gehen? Jetzt endlich giebt man von gegnerischer Seite zu, daß es in unserem Gewerbe Tagelöhner giebt, welche gleiche Pflichten und gleiche Rechte wie die gelernten Brauer haben! Und trotzdem macht man uns zum Vorwurf, daß wir uns soweit vergessen könnten, mit den Tagelöhnern, den Hilfsarbeitern, den Schollen, gemeinsame Sache zu machen, Hand in Hand mit ihnen eine Besserung der in den Brauereien beschäftigten Personen anzustreben! Was kann uns da noch abhalten, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen? Wenn man diese Ausführungen liest und dann die bisherige und auch noch jetzige Haltung der auf ihre Standesehre pochenden Kollegen in Betracht zieht, dann muß man unwillkürlich ausrufen: „O, löse mir Graf Drindur, diesen Zwiespalt der Natur!“

Selbst zugegeben, daß die „Tagelöhner“ nicht zu denselben Arbeiten, wie die „gelernten Brauer“ hinzugezogen werden, also nicht dieselbe Verantwortung, nicht dieselben Verpflichtungen tragen, und daher auch nicht dieselben Rechte beanspruchen könnten, so müßten doch den Tagelöhnern, wenn sie andere Arbeiten als die Brauer verrichten, andere Verantwortung, andere Verpflichtungen in demselben Betriebe haben, auch andere Rechte als den Brauern gewährt werden. Und ob sich dann die Rechte und Pflichten der „Tagelöhner“ und der „gelernten Brauer“ bei näherer Betrachtung, bei richtiger Erwägung nicht ausgleichen, käme auf den Versuch an. Ganz abgesehen

hiervon, wird in den meisten Fällen derjenige Arbeitnehmer, ob Tagelöhner oder gelernter Brauer, der eine größere Verpflichtung, eine größere Verantwortung trägt, schon durch ein höheres Gehalt zc. entschädigt, kann also niemals ein höheres Maß von Rechten beanspruchen.

Vielleicht wird man einwenden, daß nicht alle in den Brauereien beschäftigten Tagelöhner „jahrelang“ darin thätig waren und sich deshalb noch nicht die nöthigen Kenntnisse und die nöthige Geschicklichkeit erworben haben. Die Erwerbung der nöthigen Kenntnisse und der nöthigen Geschicklichkeit in einem Gewerbe hängt aber nicht nur von der jahrelangen Thätigkeit in dem Gewerbe als vielmehr von der geistigen und körperlichen Fähigkeit des Tagelöhners und von der Schwierigkeit des zu erlernenden Arbeitsprozesses ab. Erfordern die auszuführenden Arbeiten eine langjährige Uebung, eine erst im Laufe langjähriger Thätigkeit sich anzueignende Routine, dann gewiß bedarf es einer längeren Thätigkeit, um sich die nöthigen Kenntnisse und die nöthige Geschicklichkeit anzueignen. Ist aber der Arbeitsprozeß durch die fortschreitende technische Entwicklung bereits so vereinfacht, daß jeder Arbeiter binnen wenigen Tagen oder Wochen sich die nöthigen Kenntnisse und Fähigkeiten dazu aneignen kann, dann sehen wir keinen vernünftigen Grund, weshalb man dann nicht nach Ablauf dieser kurzen Frist den Tagelöhner als gleichberechtigt ansehen und mit ihm gemeinsame Sache machen soll.

Auf die von wenig Sachkenntniß zeugende Behauptung, daß der Tagelöhner auch entsprechend seinen geistigen Fähigkeiten verwendet werde, näher einzugehen, halten wir für überflüssig, da wohl alle Leser dieser Zeitung von dem Gegentheil überzeugt sind.

Nun behauptet der Verfasser jenes Artikels, daß diese Ausnahmen, nämlich, daß ein Tagelöhner durch langjährige Thätigkeit sich Vertrauen, Kenntniß und Geschicklichkeit erworben hat, so lange keine Regel bilden, als nach den bestehenden Gesetzen im Braugewerbe junge Burschen als Lehrlinge angenommen werden. Der Verfasser klammert sich daran, daß es in den zum Theil den Fabrikgesellen unterstellten Großbetrieben immer noch Personen giebt, die als Meister, Gesellen oder Lehrlinge bezeichnet werden und daß Letztere in den Listen der Behörden nicht als Fabrikarbeiter, sondern als das, als was man sie im gewöhnlichen Leben bezeichnet, aufgeführt sind.

Ein sehr, sehr schwacher Trost! Weil von den Behörden die in der Brauerei beschäftigten Personen zum Theil noch als Brauereigesellen bzw. als Brauerlehrlinge bezeichnet werden, deshalb sollen die Tagelöhner, welche sich Vertrauen, Kenntniß und Geschicklichkeit erworben haben, nicht die Regel, sondern die Ausnahme von der Regel bilden. O sancta simplicitas (o heilige Einfalt)! Nicht auf die Bezeichnung der Behörden, nicht darauf kommt es an, ob die Gewerbe-Ordnung noch Meister, Gesellen und Lehrlinge kennt, sondern auf die tatsächlichen Verhältnisse. Hat die technische Entwicklung die längere Lebrzeit überflüssig gemacht, ist jeder Arbeiter, nachdem er die nöthigen Anweisungen erhalten, im Stande, die in einem Gewerbe üblichen Arbeiten zu verrichten, dann ist es eine Thorheit, eine Vogelstrauchpolitik, dann noch von Gesellen und Tagelöhnern in dem Gewerbe zu reden. Wenn trotzdem noch „Lehrlinge“ in dem betreffenden Gewerbe ausgebildet werden, so geschieht dies weniger, um die nöthigen tüchtigen, sondern um billige Arbeitskräfte zu erhalten. Besonders in den Brauereien werden Lehrlinge in den meisten Fällen nur gehalten, um das Einkommen der Herren Braumeister

zu erhöhen und gleichzeitig dem Unternehmer billige Arbeitskräfte zu sichern. Daß es möglich ist, vorzügliches Bier herzustellen, ohne daß man gelernte Arbeiter beschäftigt, wird doch Niemand, der ernst genommen sein will, bestreiten wollen.

Wie man bei den heute thätiglichen vorhandenen Verhältnissen in den Brauereien noch davon reden kann, den Gesellenstand zu erhalten, ist uns unverständlich. Ebenso unverständlich ist es uns, wenn in derselben Nummer der neuen Zeitung von einem Wiener Kollegen die Behauptung ausgesprochen wird, daß tausende von Tagelöhnern nur darauf warten, daß die Brauer streifen, um dann in deren Stellen zu treten. Dann könnten die Tagelöhner oft lange warten, denn ohne begründeten Anlaß wird kein Brauer streifen. Damit soll aber nur gesagt werden, daß nur der Streik dazu führt, die gelernten Brauer durch „Tagelöhner“ zu ersetzen. Wie wenig eine solche Annahme der Wirklichkeit entspricht, ersehen wir aus der in demselben Verlage und unter derselben verantwortlichen Schriftleitung erscheinenden „Allgemeinen Braumeister-Zeitung“. In der Nummer 28 dieses Blattes vom 4. Juli theilt der Obmann des österreichischen Brauerverbandes mit, daß in den Brauereien Galtitz bei Wien früher fünf Gesellen und ein Lehrbursche und jetzt an Stelle der Gesellen Tagelöhner und vier Lehrburschen beschäftigt werden. Daß die „Gesellen“ verdrängt worden sind, ohne daß ein Streik stattfand, hat er verlesen, hinzuzufügen. Diese Verdrängung der gelernten Brauer durch die Tagelöhner — und daß diese Verdrängung schon sehr weit vorgeschritten ist, wird selbst in der erwähnten Nummer der „Bundes-Zeitung“, und zwar im „Sprechsaal für Alle“ zugegeben. Es heißt dort, daß es in den Brauereien bereits „Millionen“ (?) von Tagelöhnern giebt — zeigt doch auch dem Blödesten, wenn er nur sehen will, daß die Lehrzeit, wie sie jetzt oft nur noch durchgemacht werden muß, damit der Gelernte nachher dem „Tagelöhner“ gleichgestellt, ja von demselben noch verdrängt wird, keineswegs mehr nöthig ist.

In den Köpfen der uns feindlich gegenüberstehenden Kollegen fängt es aber auch an zu dümmern, sie fangen an, einzusehen, daß, wenn nur noch von Bierfabrikanten die Rede sein kann, daß es dann mit ihrer schönen Vereinigung und ihrem Bestreben nach Erhaltung des Gesellenstandes Matthäi am Letzten ist; sie trösten sich nun damit, daß, so lange noch die **Gewerbeordnung** Meister, Gesellen und Lehrlinge kennt, auch sie berechtigt sind, einen Unterschied zwischen Gesellen und Tagelöhnern zu machen. Ein recht schwacher Trost! Wir rathen den Kollegen, welche uns begeistern, weil wir mit den „Tagelöhnern“ gemeinsame Sache machen, doch ihre Nase einmal in die Arbeitsordnungen stecken und sich von den verehrten Unternehmern darüber belehren zu lassen, ob es in Wirklichkeit noch einen Unterschied zwischen Brauergesellen und Tagelöhner giebt. Die Unternehmer haben längst den alten Bopf von der Standesherrlichkeit zum alten Eisen geworfen; sie kennen nur noch — **Brauerarbeiter**.

In dem Artikel wird ferner die jeder Begründung entbehrende Behauptung ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie das vorhandene Kapital „beseitigen“ oder „gleichmäßig verteilen“ wolle. Daß es jetzt noch Leute geben kann, die an das Ammenmärchen von der Theilerei, welche die Sozialdemokratie, nachdem sie zur ausklaggebenden Macht geworden ist, angeblich vornehmen will, glauben, möchten wir bezweifeln. Selbst der Artikelschreiber kann daran nicht glauben. Aber man gebraucht das Ammenmärchen von der Theilerei, um denjenigen, die vielleicht noch etwas besitzen, was verteilt werden könnte, vor den Bestrebungen der Sozialdemokratie gütlich zu machen. Was versteht nun der Verfasser des Artikels unter „Kapital“? Besteht er die großen Vermögen, den Reichtum, oder das

was wir darunter verstehen, nämlich den Inbegriff aller Mittel, Geld, Arbeitsgerät, Grund und Boden, welche zur Herbeibringung von Waaren oder sonstwie werden angelegt werden und unter der Herrschaft der heutigen Wirtschaftsordnung den Besitzer des Kapitals in die für ihn angenehme Lage versetzen, den Nichtbesitzer für sich arbeiten zu lassen, ihn auszubeuten, sich auf Kosten des letzteren ein müßelloses und freudenreiches Dasein zu verschaffen, während der Arbeiter in den weitaus meisten Fällen durch seiner Hände Arbeit kaum so viel verdient, um sich und die Seinigen menschenwürdig ernähren zu können. Besteht er nur den Reichtum in den Händen Einzelner unter Kapital, dann befindet er sich in einem groben Irrthum, wenn er behauptet, daß wir dieses beseitigen wollen. Wer sich mit Hilfe seiner geistigen und körperlichen Fähigkeiten auf redliche Weise Reichtümer erwirbt, der soll sie auch besitzen. Was die Sozialdemokratie beseitigen will, ist, daß Geld, Arbeitsgerät, Grund und Boden auch in Zukunft noch dazu benutzt werden, den Arbeiter zu zwingen, auf einen oft den größeren Theil des von ihm erzeugten Wertes zu Gunsten des Kapitalbesitzers zu verzichten, mit anderen Worten, sie will, daß die Arbeiter auch die Früchte ihres Fleißes genießen, daß der Ausbeutung der großen Masse durch wenige Besitzende ein Ende bereitet werde, nicht durch Zerstörung des Kapitals, sondern durch Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit. Die Produktionsmittel sollen in Zukunft nicht mehr benutzt werden, um einige Wenige zu bereichern, sondern um die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Wer im Besitz von Produktionsmitteln ist und sie nicht gegen eine entsprechende Entschädigung an die Gesamtheit abtreten will, dem wird es Niemand verwehren, wenn er selbst sich ihrer bedienen will; es wird ihm nur unterstellt sein, Arbeiter zu beschäftigen und einen Theil des von diesen erzeugten Mehrwerts in seine Taschen stecken zu lassen. Das von der Sozialdemokratie erstrebte Ziel, daß nämlich jeder Arbeiter im Verhältnis der von ihm geleisteten (geistigen oder körperlichen) Arbeit seinen Antheil von dem Gesamtertrage erhält, soll und wird erreicht werden durch genossenschaftliche Berufsorganisationen.

Die fernere Behauptung des Artikelschreibers, daß die Sozialdemokratie eine Gleichstellung der soliden und unsoliden, der faulen und fleißigen Menschen anstrebe, entspricht eben so wenig der Wahrheit, als wenn er behauptet, daß Bestreben der Sozialdemokratie sei, daß jeder, der nichts besitzt, ein Feind aller derer sein müsse, die etwas besitzen. Die Sozialdemokratie bekämpft nicht die Personen, sondern das System, welches es dem Besitzenden ermöglicht, die Arbeitskraft des Arbeiters auszunutzen und auf Kosten desselben Reichtümer anzuhäufen. Der Verfasser jenes Artikels beweist durch seine Behauptungen nur, daß er gegen besseres Wissen schreibt, oder daß er von den Bestrebungen der Sozialdemokratie so wenig versteht, wie der Esel vom Lesen. Ein drittes ist nicht möglich.

Er fährt dann fort: Man hat schon vor tausend Jahren den Spruch gelten lassen: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth!“ und jeder verständige Mensch wird neidlos Anderen sein Wohlergehen, seinen Besitz gönnen. — Gewiß, wenn dieser Besitz durch ehrliche Arbeit und nicht dadurch erworben wird, daß man dem im Schweiß seines Angesichts arbeitenden Arbeiter einen, und recht oft den größeren Theil seines Lohnes vorenthält. So lange dieser Besitz aber auf Kosten des Fleißes der Arbeiter erworben wird, so lange haben die Arbeiter alle Ursache neidisch, d. h. unzufrieden zu sein.

Recht hat der Artikelschreiber, wenn er sagt, daß das Rad der Zeit von keiner Partei, und wenn sie noch so stark ist, aufgehalten werden kann. Das Rad der Zeit

kann überhaupt von Niemandem aufgehalten werden. Die Entwicklung geht mit ehernen Schritten ihren Gang und wer sich ihr widersetzt, wird rücksichtslos zermalmt. Dieses Schicksal wird auch der neuen Vereinigung nicht erspart bleiben, wenn sie nicht den thätiglichen Verhältnissen Rechnung trägt, womit sie sich dann auf den von uns betretenen Boden stellen würde, was sie bekanntlich nicht will.

Getadelt wird in dem Artikel dann, daß jedes über-eilte oder unbedachte Wort des Vorgesetzten, das im Zorn gesprochen und nach Erlöschen des Zornes bedauert wird, der Öffentlichkeit übergeben und damit der Vorgesetzte an den Praeger gestellt wird. Die Kollegen sollen Rücksicht mit den Vorgesetzten üben und sich alle Grobheiten derselben ruhig gefallen lassen. Wer aber verlangt, daß er geachtet wird, der soll zunächst auch seinen Mitmenschen, auch wenn derselbe ihm unterstellt ist, achten; wenn er sich diesen gegenüber aber beleidigende Aeußerungen schuldig macht, und zwar nicht etwa im Zorn, sondern weil er den Arbeiter nicht als gleichberechtigt anerkennt, dann verdient er es, öffentlich gebrandmarkt zu werden. —

In derselben Nummer der „Bundeszeitung deutscher Brauergesellen“ wird aus Mühlheim a. Rh. mitgeteilt, daß die Eingaben von Seiten der Bundesdelegirten an den Braumeisterbund in Braunschweig hinsichtlich der Verbesserung der Arbeitslöhne **erfolglos** geblieben sind. Der dortige Brauerverein wählte in seiner Versammlung nun zwei Kollegen, um die Wünsche der Kollegen persönlich bei dem Braumeister jener Brauerei vorzubringen. Wenn aber trotz alledem die Wünsche der Kollegen, die selbst von den zahmen Bundesdelegirten, welche „die Verbesserung der Brauergesellen immer nur auf friedlichem, den Arbeitgeber nicht schädigendem Wege herbeiführen“ wollen, als gerecht und billig anerkannt wurden, nicht bewilligt werden, was dann? Wird der Bund dann dazu auffordern, „die den Unfrieden stiftenden Elemente mit allen Mitteln zu bekämpfen“? Oder wird er die Kollegen auffordern, in Demuth und Sanftmuth auszuharren, bis es dem Herrn Unternehmer gefallen wird, die Löhne seiner Arbeiter im Gaadenwege zu erhöhen? Warten wir's ab. —

In der nächsten Nummer der „Bundeszeitung“ soll der zweite Programmpunkt des neuen Bundes besprochen werden. Wir werden auch unsern Kollegen eine Besprechung des zu Erwartenden nicht schuldig bleiben. —

Arbeitslos!

In diesem Wort ist die ganze Summe des Elends ausgedrückt, von dem das Arbeiterleben fortwährend bedroht und umringt ist. Wenn der Vater heimkehrt und tonlos der Familie seine Entlassung aus der Arbeit mittheilt und hinzusetzt, daß bei der stetig sich verringern den Arbeitsgelegenheit vorläufig keine Aussicht sei eine andere Arbeitsstätte zu finden, so sind damit alle Pläne und Hoffnungen der Hausfrau auf die Zukunft zu Schanden gemacht.

In dem Bewußtsein, arbeitslos zu sein, liegt das Gefühl der unwürdigen Stellung, zu der die bürgerliche Gesellschaft den „freien Arbeiter“ heruntergedrückt hat. Arbeitslos zu sein oder auch nur die stets über ihm schwebende Gefahr, arbeitslos zu werden, drängt dem Arbeiter zu jeder Stunde das Bewußtsein seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit auf, welche die Ursache seiner geringen Bewegungs- und politischen Freiheit ist. Es bleibt ihm also nur der eine Ausweg, gemeinschaftlich mit seinen Klassengenossen sein Klasseninteresse gegenüber der Ausbeuterklasse zu wahren.

Die Solidarität der Arbeiterklasse findet in der Sozialdemokratie ihren Ausdruck. Zweck und Ziele der-

Die zerbrochene Postkutsche.

Novelle von A. Otto-Walster.

10) (Nachdruck verboten.)
„Und wir sollten nicht im Stande sein, sie zu widerlegen?“
„Wir können sie widerlegen, aber nicht überzeugen.“
„Folglich schweben wir in der Luft?“
„Ja, wenn wir aufhören ein Organ der Staatsgewalt zu sein.“
„Und Christus sagte doch: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt?““
„Er meinte wohl, die damalige Welt, den damaligen Staat.“
„Und unser heutiger Staat, meinen Sie, ist ganz nach Christi Lehren eingerichtet?“
„Das behauptet Keiner von uns, aber man muß dem Staate Rechnung tragen, weil er vieles kann, was wir nicht können.“
„Entschuldigen Sie mich nur, Herr Pastor, ich bin ein junger Kandidat, aber wir haben als Studenten viel disputirt, und da wurde gemeint, daß zwischen dem, was der christliche Staat thut, und dem, was die christliche Lehre befragt, ein unheilbarer Widerspruch besteht.“
„Bist du ja, aber...“
„Und daß es der unheilbare Fehler unseres Martin Luther gewesen, eine Ehe zwischen Staat und Kirche einzugehen.“
„In gewisser Beziehung...“
„Wo der Staat der Mann und die Kirche die Frau, in Wirklichkeit aber die Frau geworden, die sich schließlich immer zu fügen hatte.“
Die Beiden waren während dieses Gespräches bis zum Pfarrhaus gekommen, und als der junge Mann sich vor dem Eintritt in die Halle wendete, um dem Hausherrn mit einer Verbeugung den Vortritt zu überlassen, blieb dieser einen Augenblick stehen und sagte:

„Junger Freund, was Sie da mit Ihren Studiengenossen disputirt haben, war oft auch ein Gegenstand der Diskussion unter meinen Studienfreunden; mehrere von ihnen sind ihrem Kopfe nachgegangen und sind schließlich dabei verstorben oder verdorben. Wir sind den sichereren Weg, den uns der Staat gezeigt, gegangen, und, wie ich nun aus meiner Verfassung ersehe, ist meine Carriere noch nicht abgeschlossen. Zwischen der organisierten, mit allen Mitteln ausgerüsteten Staatsgewalt und einer unorganisierten, unzufriedenen Menschenmenge kann ein verständiger Mensch nicht lange schwanken. Sie, wie ich sehe, schwanken noch zwischen Ihren Idealen und der praktischen Nothwendigkeit; hoffentlich gelingt es mir, Sie auf die richtige Bahn zu bringen, bevor Sie uns verlassen. Jetzt, kommen Sie, das Mittagessen wartet.“

Die Suppe war aufgetragen, als unser Kandidat zum ersten Male das Speisezimmer seines Patrons betrat. Am liebsten wäre er hinausgestürzt, so voll war ihm das Herz. Vielleicht hätte er auch sie sehen können, deren Bild ihm fortwährend vor Augen schwebte. Appetit fühlte er bei dieser Stimmung schlechterdings nicht.

„Sie essen ja gar nicht, Herr Kandidat,“ rief da plötzlich eine sanfte Stimme, die ihn aufblicken machte.

Und da stand sie hinter ihm mit einer Fleischschüssel in der Hand!
Eilig reichte er den Suppenteller zurück, wobei er den Präsentierteller halbwegs überstülpte, und setzte die Fleischschüssel vor sich hin, als wäre sie allein nur für ihn bestimmt.

„Wollen Sie die Fleischschüssel nicht weiter geben, nachdem sie sich bedient haben?“ fragte die Frau Pastorin, als sie den Kandidaten ganz geistesabwesend sah.
„O gewiß, bitte,“ rief der Gemahnte und stieß beim hastigen Hinüberreichen Del- und Essigflasche um.
Die Tischgäste, zu denen, außer Familienmitgliedern, auch der noch unverheiratete Schullehrer und zwei Geistliche aus den nächstliegenden Pfarrorten nebst Gattinnen

gehörten, sahen einander verwundert an, lächelten und schüttelten die Köpfe.

Der Pastor fühlte sich daraufhin gedrungen, seinen Amtsbrüdern mitzutheilen, welcher Art das Gespräch gewesen, welches er auf dem Wege von der Kirche mit seinem Gaste gepflogen, um dadurch die auffällige Zerstreuung des Letzteren als eine für einen am Anfange seiner Laufbahn stehenden Theologen sehr erklärlich erscheinen zu lassen. Das gab nun gleich dem Tischgespräch eine bestimmte Richtung, obwohl dabei sehr wenig Meinungsverschiedenheiten zu Tage traten, weil man auf allen Seiten die Ueberzeugung äußerte, daß die frühere, in unseren Tagen aber fast allenthalben zum Schweigen gebrachte radikale Strömung innerhalb der protestantischen Geistlichkeit vielfach zur Freigeisterei, wenn nicht gar Unkirchlichkeit und zum Unglauben in weiteren Kreisen der Laienwelt, zur „Dissentirerei“, wie einer der Herren sich ausdrückte, und indirekt auch zur Grobziehung der alle Autorität anfeindenden, umstürzlerischen Sozialdemokratie beigetragen habe, weshalb gegenwärtig mehr als je an die Geistlichkeit die Pflicht heranträte, sich die möglichste Enthaltensamkeit bezüglich ihres Forschungs- und Diskutierens aufzulegen, vielmehr die festgestellten Glaubenssätze als ein untrennbares, nach keiner Richtung abänderbares Ganze anzusehen und Zeden, der auch nur an dem kleinsten Theile desselben rütteln zu wollen sich unterfangen sollte, als einen Feind der Kirche zu behandeln. Nicht minder entschieden sprach sich auch die Meinung aus, daß für die protestantische Geistlichkeit der Staat in seiner gegenwärtigen Verfassung die einzige zuverlässige Stütze bilde, weshalb sich für den Geistlichen die Pflicht ergebe, den Staat in seiner gegenwärtigen Regierung mit allem Eifer und allen intellektuellen, wie materiellen Kräften gegen alle inneren Feinde, selbst unter Aufopferung berechtigter Wünsche und Niedererschlagung gerechter Zweifel und Bedenken zu stützen und zu vertheidigen.

(Fortf. folgt.)

selben ist, unter der Voraussetzung des Gemeinbesitzes an den Arbeitsmitteln in der genossenschaftlichen Produktion, nicht nur allein der Arbeitslosigkeit ein Ende zu machen, sondern Jedermann die Arbeitspflicht, als der alleinigen Quelle des Einkommens, aufzuerlegen.

Doch die Sozialdemokratie geht nicht im Doktrinarismus auf, sie steuert auch in praktischer Weise auf ihr Ziel los. Die Praxis mußte naturgemäß auf die Beringerung der Arbeitslosigkeit gerichtet sein, so lange die Beseitigung derselben noch nicht errungen werden konnte. Die Forderung der Beringerung der Arbeitszeit, der Achtstundentag, wird nicht nur in Deutschland, sondern auch in der einmüthigsten Weise von dem arbeitenden Volk aller Kulturstaaten auf den Schild erhoben.

Die Bourgeoisie wagt auch gar nicht mehr, das Vorhandensein der Arbeitslosigkeit zu leugnen, doch ist der Umschwung erst jüngeren Datums. Sonst trieb sie Vogel Strauß-Politik, leugnete die Arbeitslosigkeit schlangweg und nannte die armen Arbeitslosen Faulenzer, Tagelöhne und arbeitsscheues Gesindel. Doch die Arbeitslosen blieben und verlangten immer energischer Arbeit und Brod.

Die dauernde, anhaltende Arbeitslosigkeit, das heißt das Vorhandensein der proletarischen Reservearmee leugnet ja auch heute noch die Bourgeoisie. Sie sucht sich und Anderen einzureden, die Arbeitslosigkeit sei eine vorübergehende Erscheinung, die mit der steigenden Konjunktur wieder verschwinden würde. Auf Grund dieser Täuschung sind denn auch die Vorschläge aufgebaut, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von dieser Seite gemacht werden. Sie laufen alle darauf hinaus, den Arbeiter als ein willenloses, unmündig's Kind zu behandeln, das am Gängelbände zu führen ist, und wenn nöthig, mit der Zuchtrute zur Folgsamkeit gebracht werden muß.

In erster Linie kommt man den gewerblichen Arbeitslosen mit der abernern Zumuthung, sie sollten auf das Land gehen, da fänden sie Beschäftigung genug. Diese Zumuthung, so einfältig wie sie ist, wird doch immer wieder vorgebracht. Ihr ist die Frage entgegen zu stellen, warum ist denn der Arbeitermangel, wenn er auf dem platten Lande wirklich vorhanden sein soll, eingetreten? In erster Linie bestreiten wir, daß auf dem Lande Arbeitermangel vorhanden sei, wenn doch, dann aber nur für kurze Zeit von außerordentlichem Bedürfnis. Die kurze Zeit von ein paar Wochen des außerordentlichen Bedarfs rechtfertigt aber doch in keiner Weise das Verlangen, die dann überflüssig gewordenen Arbeiter sollen jederzeit des Kommandos des Gutsheeren sich gewärtig halten. Gerade die Großgrundbesitzer, für die eine größere Arbeitszahl in Betracht kommt, haben den Maschinenbetrieb in der umfanglichsten Weise eingeführt. Wenn diese den städtischen Arbeitern den Rath geben, kommt zu uns aufs Land, da ist Arbeit übergenug, so ist das eine Verhöhnung des traurigen Loses der Arbeitslosen. Entweder, die Arbeit würde, wie schon bemerkt, nur von kurzer Dauer oder wenn doch auf Jahreskontrakt, bei so erbärmlichen Löhne sein, daß sich das Loos des Arbeitenden von dem des Nichtarbeitenden kaum merklich unterscheiden dürfte. Außerdem ist es eine Unverschämtheit sondergleichen, den einen Beruf gelerntem Arbeitern, worauf sie mehrere Jahre ihres Lebens verwandt haben, zumuthen, sie sollten die ihnen unbekannte und vielfach auch ihren Körperkräften nicht entsprechende Arbeit der Landwirtschaft ausüben.

Warum ergiebt sich denn noch ununterbrochen der Strom der Auswanderung und der Wegzug nach den Städten vom platten Lande? Doch nur darum, weil von einem Verdienst des landwirtschaftlichen Arbeiters kaum die Rede sein kann und die Behandlung vielfach die eines Menschen unwürdige ist. Wunderbar ist es, wie erfindert die agrarische Presse in der Titulatur ihrer geplanten Nichtswürdigkeiten in Bezug auf Beschränkung der Freizügigkeit und der Auswanderungsfreiheit ist. Man nennt es Mißbrauch in Bezug auf die Wahl des Wohnorts, wenn der landwirtschaftliche Arbeiter einer brutalen Behandlung die schwere Arbeit des Steinträgers oder Arbeitsmannes in der Stadt oder des Industrietragers vorzieht. Das sind die Liebesswürdigkeiten der konservativen „Arbeiterfreunde“, den Arbeitern die Freizügigkeit zu eskamotieren. Sie wollen ihn des letzten Mittels berauben, sich der wirtschaftlichen Noth zu entziehen. Wenn ein Arbeiter auf die schwarze Liste gesetzt ist, so soll er seinem Schicksal nicht entgehen können. Der kalt- und hartherzige Bourgeois will auch die Augenweide an dem Untergang des Aermsten genießen, sofern dieser nicht kniefällig vor dem allmächtigen Götz Mammon Abbitte zu leisten bereit ist.

Die geradezu Mitleid erregende Geistesarmuth unserer Gegner findet dadurch eine grelle Beleuchtung, daß der nachfolgende Vorschlag eines sonderbaren Spatzvogels zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Kunde durch die bürgerliche Presse macht. Derselbe geht dahin, daß den Arbeitern, vornehmlich den Saisonarbeitern, während der „guten Zeit“ wie bei den Bauarbeitern im „Sommer“ Lohnabzüge gemacht werden sollen, die sie dann im Winter nach und nach zu erheben berechtigt sind. Der Vorschlag läuft also auf die zwangsweise Sparerei hinaus. Ueber dasselben könnte man wohl in dem Fall reden, wenn die in Betracht kommenden Arbeiterkategorien im Sommer jüvel verdienten, daß nach Abzug eines Viertels der Lohnhöhe der verbleibende Rest zur Deckung der Lebenshaltungskosten des Arbeiters ausreichte. Das wird wohl aber Niemand zu behaupten wagen. In dem Vorschlag ist eine infame Beleidigung der Arbeiter versteckt. Deshalb lassen wir uns auf eine Kritik der Ausführbarkeit und die dabei spielenden „Zufälligkeiten“ der wirtschaftlichen Sicherheit der Unternehmer auf die Garantie der gemachten Abzüge gar nicht ein. Die Arbeiter werden also als Schlemmer, Prasser und Durchbringer angesehen und behandelt, die man unter Kuratel zu stellen hat. So wird das Glend, in dem sich der Arbeiter drehen und wenden muß, noch zum Ausgangspunkte genommen, ihm die Ketten der Sklaverei noch

drückender zu machen. Doch die Zeiten sind vorüber, daß sich der Arbeiter geduldig als Divisionsexemplar auf den Sezirtisch der bürgerlichen Kurpfuscher legt. Der Arbeiter kennt seine Krankheit, den Sitz des Leidens und auch dessen Ursache. Der Arbeiter weiß auch, daß ihm Niemand anders Heilung bringen kann und bringen wird, als das geschlossene solidarische Handeln seiner Klasse. Die Klassenbewusste Arbeiterschaft wird den Achtstundentag und auch die „sozialistische Gesellschaft“ einführen und damit auch den Schreden aufheben, der heute dem Begriff „arbeitslos“ innewohnt.

Korrespondenzen.

Apolda. Nachdem der Kampf nun schon mehrere Monate gedauert und der Vereinsbrauer schon großen Schaden gebracht hat, hatte eine Volksversammlung nochmals beschlossen, bei der Leitung der Brauerei vorstellig zu werden, ob denn die Sache nicht gütlich beizulegen sei. Als aber die gewählten Genossen nach der Brauerei kamen, wurden sie in ganz inhumaner, schroffer, nichts von Anstand zehender Weise abgewiesen. Eine darauf folgende Volksversammlung beschloß nun, den Boykott mit aller Schärfe durchzuführen, um dieser prozigen Brauerei denn doch zu zeigen, daß die Arbeiterschaft, wenn es gilt, auch eine Waffe zu führen weiß. Es haben dann auch schon wieder verschiedene Wirthe das Vereinsbier durch auswärtiges ersetzt. Hoffen wir bald ein recht günstiges Resultat melden zu können!

Hienburg. Am Sonnabend, den 22. Juli, fand eine öffentliche Versammlung der Brauer und Berufsgenossen statt. Es fand eine Besprechung über die Export-Brauerei wegen der fortwährenden Auslösung der Brauer statt, auch wurde erogen, wie wir den Flaschen-Arbeitern zu dem Bohne verhalten, welchen sie auf der Aktien-Brauerei bekommen; über letzteres wurde kein Beschluß gefaßt. Nachdem noch Verschiedenes erledigt, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Maßregelung des Kollegen Heinkel ist nach dreitägiger Aussperrung durch die Kartell-Streit-Kommission geregelt und bekam derselbe die Tage der Aussperrung vergütet.

Frankfurt a. M. Am 16. Juli tagte im Vereinslokale eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Nach Erledigung des ersten Punktes erstattete Kollege Wittich Bericht vom Verbandstage. An denselben schloß sich eine sehr lebhaft Diskuffion. Der Zweigverein Hanau und Frankfurt a. M. sind mit mehreren Beschlüssen nicht so recht einverstanden; besonders, daß die Hülfsarbeiter nicht direkt in den Verband aufgenommen werden sollen. Ferner sei es wohl nicht richtig, daß das Eintrittsgeld auf 1 Mk. reduziert sei, auch sei es nicht recht, daß man den Kollegen Appel, weil er einige Fehler gemacht, gleich aus dem Verbandsbande ausgeschlossen habe, derselbe hätte sich doch immerhin um die Organisation Verdienste erworben. Endlich wurde kritisiert, daß die Unterstühtungen für entlassene Mitglieder nicht ganz festgesetzt seien. (Es scheint, als ist der Versammlung ein Irrthum unterlaufen und Kollege Wittich falsch verstanden worden. Der Beschluß des Verbandstages lautet: „Mitglied kann jeder in der Brauerei beschäftigter Arbeiter werden.“ Es bleibt den Hülfsarbeitern überlassen, sich selbst zu organisiren oder einzutreten. Es sind deshalb gerade Wochenmarken eingeführt und das Eintrittsgeld auf 1 Mk. erniedrigt, damit es den Hülfsarbeitern leichter wird, eintreten zu können. Auch wir sind mit dem Ausschlusse Appels nicht einverstanden gewesen, aber die Majorität hat dem Antrage der Kommission Folge gegeben. Hoffentlich gelingt es Kollegen Appel, das Gegentheil zu beweisen und er ist wieder in unseren Reihen. Wie sich nun die Kollegen die bestimmte Festsetzung der Unterstühtung für entlassene Mitglieder denken, erscheint uns höchst merkwürdig. Es soll wohl heißen: „Gemäßregelt für die Interessen des Verbands“. Der Begriff kann sehr ausgedehnt werden. Deshalb ist es auch dem Gesamtvorstande eines Zweigvereins überlassen, darüber zu urtheilen und Unterstühtung nach eigenem Ermessen auszugeben, je nachdem es die Klassenverhältnisse gestatten. Die Redaktion). Es wurde hierauf noch ein Antrag angenommen, die Beiträge auf 1 Mk. zu erhöhen, damit mehr Geld in der Lokalkasse verbleibt. Endlich wurde noch für die Brauereigesellschaft Henninger und die Brauerei Essighaus je ein Vertrauensmann gewählt und nach Erledigung einer internen Angelegenheit die Versammlung geschlossen.

Hanau. In der Mitgliederversammlung vom 19. Juli wurde über die Gründung eines Arbeitsnachweises diskutiert. Es wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, welche die Sache ausarbeitet und dem Gewerkschaftskartell zur Begutachtung überreicht. Da auch die Aussperrung mehrerer Kollegen mit zur Debatte stand und die Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen besprochen wurden, namentlich die erbärmlichen Wohnräume, so beschloß man ferner, wegen des Schlafens außerhalb der Brauerei mit eventueller Vergütung vorstellig zu werden. Als dritter Punkt wurde Bericht über den Verbandstag in Nürnberg erstattet, wobei namentlich das Streikreglement eingehend erörtert und empfohlen wurde. Die Beiträge sind auf 1 Mk. pro Monat erhöht worden, um etwas mehr Vermögen zur Selbstverwaltung zu haben. Nachdem noch ein Kollege auf den neugegründeten Bund deutscher Brauereigesellen aufmerksam gemacht und betont hatte, daß jene Streiber-Elemente sich nur eine bessere Stellung auf Kosten der anderen Kollegen erringen wollten, und kein Mensch, der die heutigen Verhältnisse nicht nur oberflächlich, sondern etwas eingehender betrachte, auf ihren Leim hineinfallen werde, wurde die Versammlung geschlossen.

In dem letzten Bericht ist irrtümlich die Brauerei Beck unter denen mit aufgeführt, welche auf ihre Leute einen Druck ausüben; es ist dies in der genannten Brauerei nicht der Fall.

Leipzig. Eine öffentliche Versammlung der Brauer von Leipzig und Umgegend tagte am 23. Juli d. J. unter dem Vorsitz des Kollegen Bauer im Saale der Volkshallen. Als Delegirter zum Gewerkschaftskartell wurde zunächst Kollege Schmidt gewählt. Genannter nahm die Wahl an und verspricht, thätkräftig für die Organisation einzutreten. Darauf folgte der Bericht des Delegirten Wolfram vom Verbandstage deutscher Brauer in Nürnberg. Referent betonte hauptsächlich, daß durch die jüngsten Streiks, wie in Hamburg, Leipzig u. s. w., den örtlichen Vereinen bezw. Zahlstellen wesentliche Verluste zugeführt worden und daß die Streiks nicht von Seiten des Verbandes provozirt, sondern meistens von gewissen Personen heraufbeschworen worden seien, wodurch die Zahlstellen moralisch und finanziell geschädigt wurden. Die Verbandsmitglieder von Leipzig und Umgebung erklärten sich darauf mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. Zu einer hierauf in Aussicht genommenen Besprechung über den Arbeitsnachweis fanden die Kollegen Bauer, Schmidt und Bobbe die Zeit nicht für geeignet, auch sei zur Gründung eines Arbeitsnachweises die Zeit noch abzuwarten, da auch der gegnerische Verband einen Arbeitsnachweis einzuführen gedenke. Kollege Wolfram weist darauf hin, daß die Gewerkschaften Leipzigs gegenwärtig mit der Brauerbewegung wieder beschäftigt seien und dem Kartell neues Material in die Hände gegeben werden müsse, so auch die Forderung eines geregelten Arbeitsnachweises, welcher sich ganz in unseren Händen befinden muß. Genosse Winkler unterstüht die Ansicht Wolframs und theilt mit, daß die Brauerbewegung nunmehr ihrem Endziele zugeführt werde und hoffentlich nur zu Gunsten der Gehilfen ausfällt. Es wurde sodann beschlossen, das in der Versammlung vorgesehene Statut betreffs des Arbeitsnachweises broschirt in Druck erscheinen zu lassen. Für die Unkosten hat sich Kollege Bobbe verpflichtet. Hierauf Schluß der Versammlung.

Magdeburg. Ein recht arger Malheur ist hier dem für den neugegründeten Bund deutscher Brauereigesellen Propaganda machenden B. Schmidt passirt. Als Sch. vor einigen Tagen nach der Sudenburger Brauerei kam und seine Humanitätsideen entwickeln wollte, wurde er von zwei Wüthchern mit seinem Kofl an die frische Luft gesetzt (Kollegen arbeiten nur zwei in der Brauerei). Als er sich nun brieflich an den Besizer, Herrn Dummer, wandte und sich darüber beschwerte, fragte derselbe nach dem Grunde. Und als ihm derselbe mitgetheilt wurde, erhielten die beiden Wüthcher die Erlaubniß, den Schmidt bei der etwaigen Wiederkehr auf seine (des Meisters) Verantwortung noch einmal an die frische Atmosphäre zu befördern. Sollten dem Herrn Schmidt immer noch nicht die Augen geöffnet sein? Sieht er denn immer noch nicht, welche Macht die Arbeiter den Unternehmern gegenüber sind? Beweist es ihm immer noch nichts, daß die Brauerei Sudenburg aus dem Brauerverband ausgestreitet ist, der Ring also ein Loch erhalten hat?

Ein Beispiel. Bis vor wenigen Tagen war in einer Brauerei ein Burische beschäftigt, er hatte einen vorderen Posten, drückte die Leute nach seiner Manier und am Sonnabend wurde er plötzlich entlassen und warum? Er war auch nicht unehelbar gewesen, hatte einen Hod geschossen und ging, trotzdem er dem Geschäfte sehr viel Lohn erhalten dadurch, daß er Leute sparte, wo es nur möglich war, ebenfalls zum Thor hinaus, wer weiß, wann er Arbeit erhält. Das ist der Dank des Kapitals. Möge es dem Kollegen Schmidt nicht so ergehen! — Daß seine Lokalvereine nun einsehen, daß Schmidt eitel geklunert hat, als er in Dessau den riesigen Nutzen der Lokalvereine klarlegte, zeigt uns ein Brief eines Kollegen aus Dessau, in welchem es heißt, daß sie schon längst wieder dem Verbande angehört, wenn Schmidt nicht so mit dem Nutzen der Lokalvereine geprahlt hätte. Jetzt sähen sie aber, daß es nichts damit sei und würden sich eventuell dem Verbandsbande anschließen. Hoffentlich geht auch ihm noch einmal ein anderes Licht auf, obwohl wir bald daran zweifeln.

Recht komisch hat es uns berührt, daß Schmidt sich nun endlich herbeiläßt, auch das Altersversorgungsgeld zurückzuerstatten, jedenfalls hat er sich von der Wichtigkeit des in Leipzig gefaßten Beschlusses: „Es habe kein Verein nöthig, das Geld auszubehalten“, überzeugt. Da doch aber die Wüthcher genau nachweisen müssen, wie viel Geld von jedem Mitgliede vor dem 1. Dezember 1890 (von da ab gehörte es zum statutarischen Beitrag und hatte allerdings Niemand mehr Anspruch darauf) gezahlt worden ist, so ist es uns unbegreiflich, daß nur der sein Geld zurück erhalten soll, welcher das alte Mitgliedsbuch von damals beibringt, was allerdings wohl schwer sein wird, weshalb sehr wenige etwas vom Gelde erhalten werden. Ob die wenigen Mark, welche dadurch der Kasse des Lokalvereins zufließen, genügen werden, um die Ziele des „Bundes deutscher Brauereigesellen“ zu verwirklichen, oder ob dadurch die Zahl der Abonementen der Bundeszeitung freiwillig oder unfreiwillig steigen wird, wagen wir anzuzweifeln. Herr Schmidt hat uns schon so oft ein unfreiwilliges Lächeln abgezwungen und wird ja die Zeit lehren, wer die Interessen der Brauergehilfen gewahrt hat: wir oder er!

Mülheim a. Rh. Sonntag, den 9. Juli, fand eine öffentliche Brauerversammlung in Köln statt. Nach Wahl des Bureaus erhielt der Delegirte, Kollege Zimmermann, das Wort zur Berichterstattung über den Verbandstag in Nürnberg. In seiner anderthalbstündigen Rede führte er die gefaßten Beschlüsse den Kollegen vor Augen und beleuchtete die wichtigsten Punkte in eingehender Weise. Unter „Verschiedenem“ wurden die Arbeits- sowie Wohnverhältnisse in der Brauerei Wardenheuer in Fall einer Kritik unterzogen. Wir wollen den Kollegen hiermit ein Bild geben, welche Fürsorge die Unternehmer für ihre Arbeiter haben. Der Schalander ist zugleich Wohn- und Schlafraum und sieht aus nicht wie ein Raum, wo Menschen

wohnen, sondern man glaubt, einen Stall vor sich zu haben. In diesem Raum stehen ungefähr 10 Betten, 2 Mann haben 1 Bett. 6 Mann haben einen Schrank, einen Tisch und zwei Bänke, welche ebenfalls in sehr „gutem“ Zustande sind. Auf der Treppe muß man aufpassen, um nicht am Tage den Hals zu brechen. Es freut sich es zu nennen, daß fast sämtliche Kollegen dem Verbandsbeigeordneten sind, um so wenigstens mit dazu beizutragen, daß ihre Lage eine bessere werde. Kollege Zimmermann machte den überwachenden Beamten darauf aufmerksam und forderte ein Einschreiten der Behörde. Es sei notwendig, daß sämtliche Wohn- und Schlafräume in den Brauereien von Köln einer behördlichen Untersuchung unterworfen würden; es stellten sich jedenfalls Zustände heraus, welche am Besten geeignet sind, die Profitwuth des Kapitalismus in's rechte Licht zu stellen und die Humanitätsbussen in Mülheim sollten, wenn sie nicht so verblendet wären, doch bald von der Haltlosigkeit ihrer Ideen überzeugt sein. Da sich niemand mehr zum Wort meldete, wurde um 10 1/2 Uhr die Versammlung geschlossen.

Kollegen!

Bergeßt der Ausgesperrten in Apolda nicht. Es sind noch 6 Mann zu unterstützen und hoffen wir, in Kürze der Vereinsbrauerei gezeigt zu haben, daß das Koalitionsrecht nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die Arbeiter da ist. Es gilt den Kampf für die Organisation. Sendungen sind an H. Meier, Jakobstr. 1, zu richten.

Quittung.

Für die ausgesperrten Kollegen gingen ein: Von H. W., Brauerei Pfefferburg, Berlin, vom Kartenspiel 8,00 Mk., von den Barschen der Kaiserbrauerei Riedlingen bei Hannover 7,55 Mk., von den Kollegen in Elberfeld-Barmen 9,00 Mk., von einem Kollegen der Dortmunder Unionsbrauerei 2,00 Mk., von einem Kollegen in Schwerte 2,00 Mk.

N. Wiehle.

Bekanntmachungen.

Die Zahlstellen und Zweigvereine werden ersucht, ihren statutarischen Verpflichtungen der Hauptkass gegenüber im Interesse einer geordneten Geschäftsleitung pünktlicher nachzukommen.

Auch die Einzelmitglieder, welche bereits länger als 3 Monate ihren Beitrag schulden und um Stundung nicht nachgesucht haben, werden am 1. August gefristet und die Zufassung der Zeitung wird eingestellt.

Der Verbandsvorstand
N. Wiehle.

Der stenographische Bericht des Verbandstages erscheint im Laufe nächster Woche. Wir empfehlen allen

Kollegen, sich einen solchen Bericht zu beschaffen, da alle Beschlüsse genau angegeben sind und der Preis nur 20 Pfg. beträgt.

N. Wiehle.

Kleine Mittheilungen.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Gambrius-Brauerei Aktiengesellschaft zu Charlottenburg. Dasselbst werden Fässer, sowie sonstige Gegenstände per Fahrstuhl auf und abgelassen. Bei dieser Gelegenheit trat der dafelbst angestellte Portier in der Meinung, der Fahrstuhl gehe in die Höhe, unter denselben, um einige Worte an die oben arbeitenden Leute zu richten. In diesem Augenblick fauste der Fahrstuhl hernieder und dem untenstehenden Portier auf den Kopf. Der Portier brach sofort unter der Wucht des schweren Instrumentes leblos zusammen. Nach Hebung desselben gab der Körper, welcher zur unkenntlichen Masse zusammen gedrückt war, nur noch wenige Lebensregungen.

Vermischte Nachrichten.

Nach den im Reichsversicherungsamt angefertigten Zusammenstellungen betrug am 1. Juli 1893 die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrente bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen 245 013. Von diesen wurden 193 114 Rentenansprüche anerkannt und 42 984 zurückgewiesen. 3810 blieben unerledigt, während die übrigen 5105 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Die Zahl der während desselben Zeitraums erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Invalidenrente betrug bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 Kasseneinrichtungen insgesamt 59 247. Von diesen wurden 34 746 Rentenansprüche anerkannt und 15 938 zurückgewiesen, 5722 blieben unerledigt, während die übrigen 2841 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Bücherschau.

Eine Karte des deutschen Reichstages seit seinem Bestehen hat der Verlag der „Münchener Post“, München, Windenmaderstr. 5, herausgegeben unter dem Titel: **Bewegungen der Parteien bei den Reichstagswahlen 1871-1893.** Graphisch und in Mehrfarbendruck dargestellt mit erläuterndem Text. Von einem hervorragenden Mitgliede des Reichstages gezeichnet und erläutert. Preis 20 Pfg. Auf dieser umfassenden graphischen Karte ergibt sich im Bilde — klarer und anschaulicher, als es die todtten Zahlen einer trockenen statistischen Tabelle vermögen — der Auf- und Niedergang der verschiedenen Parteien des Reichstages seit Bestehen des deutschen Reiches. Jede der Parteien ist durch ihre besondere Farbe gekennzeichnet. Der beigegebene erläuternde Text vervollständigt das sich auf dieser Karte entrollende interessante Bild.

Soeben erschien im Verlage von A. Hoffmann in Pankow-Berlin: **„Krieg dem Kriege!“** So heißt das neueste Werk des in den weitesten Kreisen bekannten Bühnenschriftstellers Otto Wichers von Gogh (Zürich). Mit seltener Vollendung hat es der Verfasser verstanden,

in einem vieraktigen Schauspiel die heutige Gesellschaft mit ihrer Verrottung und Verblendung zu kennzeichnen. Die Schrecken des Krieges, die Moral desselben und seine Folgen, sowie die Kräfte gegen denselben und die Wege zum wahren Menschenthum sind meisterhafter Schärfe in den ergreifendsten Szenen geschildert. Das Stück, welches sich auf streng sozialistischer Grundlage aufbaut und in leicht verständlicher volkstümlicher Sprache geschrieben ist, dürfte ganz besonders den Frauen und Mädchen als spannende, bildungsbefördernde Lektüre zu empfehlen sein. Der Preis beträgt pro Exemplar 75 Pfennige.

Briefkasten.

Wir ersuchen die verehrlichen Schriftführer, sich durch die Wiedergabe der Berichterstattung der Delegirten von Verbandstage in ihren Korrespondenzen nicht unnötig Mühe zu machen, da wir bekanntlich einen übersichtlichen Artikel über die Nürnberger Tage bereits in Nummer 2 unseres Blattes brachten. Außerdem erscheint ja demnächst der stenographische Bericht.

Göppingen. Bericht erscheint in nächster Nummer, da zu spät eintraf.

Dortmund. Bericht traf für diese Nummer zu spät ein.

Karlsruhe. Bericht kommt in nächster Nummer.

Von den Zweigvereinen empfohlene

Brauerverkehr:

- Altenburg: H. Dose, „Gasthof zum Rautenkranz“, Hüllgasse.
- Andernach: Karl Wolf, Brauer- und Küfer-Verkehr, Hochstr. 17.
- Berlin: Friedrich Keller, Central-Herberge, Neue Friedrichstr. 2.
- Braunschweig: Gasthaus „Bayerischer Hof“, Ch. Everling, Delschlagern 40.
- Braunfels: W. Schanten, Brauerverkehr, 129 rue du Midi.
- Dessau: Gasthaus zur Stadt Braunschweig, C. Schmidt, Leipzigerstraße 24 b.
- Dortmund: J. Kredel, Hauptbrauerverkehr, Stubengasse.
- Dortmund: Heinr. Brinkmann, Westenhellweg 111.
- Dortmund: Frau Steinbach 1. Kampstraße 97.
- Dortmund: H. Wulle, Auf dem Berge 6.
- Gärth: Brauer-Herberge, „Gasthaus zum grünen Baum“, Gustavstr.
- Hannau: Stadt Frankfurt.
- Hannover: Gasthaus zum neuen Kleeblatt, Knochenhauerstraße 5 (Inhaber: L. Latje.)
- Hamburg: Harmonia-Gesellschaftshaus, Hohe Weichen 30.
- Karlsruhe: Gasthaus zum braunen Hirsch, Kaiserstr. 129.
- Kiel: Gasthaus Franzen, Steinberg.
- Leipzig: Hermann Surach, Windmühlenstraße 40 und Gustav Wintler, Restaurateur, Tauchaerstraße Nr. 8.
- Mannheim-Ludwigshafen: Gasthaus zum halben Mond, Jakobstraße.
- Magdeburg: Hohe, Braune-Hirschstraße.
- Mek: Haupt-Brauer und Küfer-Verkehr, August Theobald, Gasthaus „Zur Linde“, Große Saalbrückenstraße 4.
- München: Hauptverkehr der Brauer Münchens im Gasthaus zur „Arche Noah“ von Joseph Held, Knöbelstraße 6.
- Mülheim a. Rh. Brauer- und Küferverkehr von Heinr. Müll.
- Nürnberg: Brauer-Verkehr des Nürnberger Brauer-Vereins Weißer Elefant, Jakobstraße.
- Stuttgart: J. Jaug, Livolubierhalle, Lübingerstraße 15 und Förger, Gasthaus zum Ochsen, Hauptstädterstraße.
- Trier: Paul Brezinger, Krähnenstraße 23, an der Haltestelle des Lokal-Dampfbootes.
- Worms a. Rh.: F. Schanzensbad, „Gasthaus zum Römer“, Römerstraße 70.

Inserate.

Die Verlagsbuchhandlung von **A. Hoffmann** (früher Zeitz) befindet sich vom 1. Juli 1893 ab **Pankow-Berlin** Schulzestraße 36, wohin alle Sendungen, Zuschriften etc. zu richten sind.

Döfnermaulsalat
ausgezeichnete Waare, das 5 Kilogramm zu 3,60 Mk. franko nach allen Orten Deutschlands, empfiehlt allen Kollegen auf's Beste

Philipp Loschky,
Nürnberg, Fünferhaus.

Eiszellen
liefert in gediegener Arbeit billigt
F. A. Neuman,
Machen.

Michael Hüblers,
Schuhmachermeister,
Düsseldorf-Derendorf,
hält seine Spezial-Werkstätte für wasserdichte Arbeit, sowie jede sonstige Fußbekleidung nach Maß bestens empfohlen.

Prima Referenzen von vielen Herren Brauereibesitzern zu Diensten.
Drucksachen
jeder Art
fertigen schnell, sauber und preiswerth
Maercker & Augustin
Hannover,
Druckerei des „Centralorgan Deutscher Brauer“.

Sensationell!

Soeben erschien im Verlage v. A. Hoffmann in Pankow-Berlin:

Krieg dem Kriege!

Sozialpolitisches Schauspiel in vier Akten und einem Nachspiel von **Otto Wichers von Gogh.**

Preis 75 Pfennige.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, sowie direkt vom Verleger.

Spannend!

Aufklärend!

Brauer- u. Mälzer-Mützen
sowie
Hüte in sämtlichen Neuheiten der Saison

empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen. Bei Bestellungen nach außerhalb erbitte Kopfweite in Centimetern, sowie Farbe und Façon anzugeben. Die Sendungen nach auswärts werden per Nachnahme oder gegen vorher eingezahlten Betrag schnellstens effectuirt.

Stoff-Mützen in allen Farben, 1,50-2,00 Mark, Seidene Mützen, schwarz oder bunt, 2,00-2,50 Mark.

Carl Fiedler, Dresden,
Schäferstraße 53.

Wurst-Versand

in Postkisten per Nachnahme oder gegen vorherige Einbindung des Betrages 2 1/2 %.

Cervelatwurst	1/2 Kilo	1,20 Mk.
Salamiwurst	1/2 "	1,20 "
Schmalwurst	1/2 "	1,20 "
Roßwurst	1/2 "	1,20 "
Leberwurst	1/2 "	1,20 "
Sülze	1/2 "	1,20 "

Achtung! Kollegen!
Echte Schafwoll-Soeden, Hand- und Maschinenstrickerei, Unterhosen, Schweißjacken, Normal-Unterleider Arbeitshemden mit doppelter Brust und wollene Westen in allen Preislagen liefert billigt nach allen Orten
Franz Bobbe,
Leipzig, Lühnowstraße 1b.

F. W. Lindner
Eisenberg i. Thüringen,
Gerarstraße.

Nachruf.

Montag, den 17. Juli, früh starb plötzlich unser treues Mitglied **Franz Gründel** im besten Mannesalter am Herzschlag.

Die Beerdigung mit Fahne und Musik fand am 20. d. Mts. statt. Wir haben an dem Dahingegangenen einen treuen, zielbewussten Genossen verloren. Jeder, der mit ihm näheren Umgang hatte, wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

„Ruhe sanft!“

Der Vorstand des Zweigvereins der Provinz Brandenburg.

Zweigverein Mülheim a. Rh. und Umgebung.

Sonntag, den 6. August 1893, Abends präcise 7 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
im Vereinslokale, Wallstraße 29.

Tagesordnung: 1. Beitragserhebung und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl eines Kassiers, eines Schriftführers und eines Delegirten zum Gewerkschaftsartell. 3. Lokalfrage. 4. Gründung einer Bibliothek. 5. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen von Kall, Köln und Umgebung wird gebeten. Nichtvereins-Mitglieder haben Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Zweigverein Frankfurt a. M.

Sonntag, den 30. Juli 1893, Vormittags 11 1/2 Uhr:

Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung
im Saale „Zum grünen Walde“.

Tagesordnung: 1. Verdienen wir soviel, um vernunftgemäß leben zu können? Referent: Herr Redakteur Gogh. 2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Berlin.

Empfehle allen Kollegen mein neu eingerichtetes
Restaurant mit Central-Herberge
Neue Friedrichstraße 20,
(Ecke Königstraße, in der Nähe des Bahnhofes Alexanderplatz).
Hochachtungsvoll
Friedrich Keller.

Georg Gehrig,
Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Wallstraße Nr. 10,
liefert die besten nur handgestrickte Schafwoll-Soeden nebst prima Leibwäsche.